



Presseinformation

**Pressesprecherin
Fina Geschonneck**

Tel.: 030 202491-11

Fax: 030 202491-50

E-Mail:

fina.geschonneck@ikkev.de

Berlin, 10. Dezember 2014

Elektronische Gesundheitskarte: Innungskrankenkassen fordern mehr Entscheidungsbefugnis und einen konkreten Fahrplan zur Online-Anbindung

IKK e.V. startet Kostenuhr mit Aktualisierung im Sekundentakt

Einen konkreten Zeitplan für die Online-Anbindung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) mit klaren Entscheidungsstrukturen: Das fordern die Innungskrankenkassen von der Bundesregierung. „Der derzeitige aktive Nutzen der eGK für die Versicherten ist mehr als gering, aber die Ausgaben laufen ins Uferlose“, kritisiert Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V. Niemand wisse, wie viele Kosten noch auf die Krankenkassen zukommen.

Gegenüber der alten Krankenversichertenkarte könne derzeit lediglich durch ein Lichtbild der Missbrauch von Leistungen besser verhindert werden. „Zehn Jahre nach der gesetzlichen Verpflichtung, die Karte einzuführen, ist das mehr als dürftig und ein Armutszeugnis. Es ist bereits 5 nach 12!“, sagt Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V. Die GKV-Versicherten würden erst mit einer gesicherten Online-Anbindung von der Karte profitieren, beispielsweise von einer elektronischen Fallakte, von einem Notfalldatenzugang oder von einer Arzneimittelunverträglichkeitsprüfung.

Mit dem jetzt zu erwartenden E-Health-Gesetz erhoffen sich die Innungskrankenkassen, dass der Gesetzgeber verbindliche Rahmen- und Organisationsbedingungen schafft, um die auf der Ärzteseite noch immer vorhandenen Widerstände zu beseitigen. Hierzu zählt eine stärkere Entscheidungsbefugnis der Krankenkassen. Besorgniserregend ist nach Aussage von Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V., dass die Kassenärztliche Bundesvereinigung nach wie vor an einer eigenen Netzstruktur festhält. Und das obwohl nach Einschätzung des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik ein „einheitliches übergreifendes Sicherheitskonzept“ mit einem „ausreichenden Sicherheitsniveau“ nicht gewährleistet ist.

„Die Politik muss ein Machtwort sprechen und teure und sicherheitstechnisch bedenkliche Umgehungsstrategien verhindern. Das klare Bekenntnis der Politik und der Leistungserbringer für die gemeinsam erarbeitete Telematik-Infrastruktur ist notwendig. Ansonsten müsste man notfalls auch an einen Ausstieg denken“, sagt Hohnl.

Um den Forderungen nach einer verbindlichen Online-Anbindung Nachdruck zu verleihen, startet heute der IKK e.V. auf seiner Website eine Kostenuhr, die sekundlich aktualisiert wird. „Jeder soll sehen, wie viel Geld fließen muss, bis allen Versicherten ein Mehrwert zur Verfügung steht“, so die Vorstandsvorsitzenden.

Hinweis für die Redaktionen:

Die eGK-Kostenuhr finden Sie auf der Startseite unserer Homepage unter www.ikkev.de. Des Weiteren haben wir für Sie Hintergrundmaterial vorbereitet. Dieses ist unter <https://www.ikkev.de/positionen/gkv-system/egk/> abrufbar.



Über den IKK e.V.:

Der IKK e.V. ist die Interessenvertretung von Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, die Interessen seiner Mitglieder und deren mehr als fünf Millionen Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Dem IKK e.V. gehören die BIG direkt gesund, die IKK Brandenburg und Berlin, die IKK classic, die IKK gesund plus, die IKK Nord sowie die IKK Südwest an (Stand Januar 2015).

- Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.ikkev.de -